

Studierende der Universität Frankfurt stimmen für friedliche und zivile Lehre und Forschung

76,3% der Studierenden sprechen sich für die Aufnahme einer Zivilklausel in die Grundordnung der Goethe-Universität aus. Damit fordern sie die Universität auf, keine Kooperationen oder Drittmittelprojekte mit der Rüstungsindustrie oder der Bundeswehr einzugehen.

Frankfurt, den 31. Januar 2012

„Wir sind unglaublich begeistert von diesem Ergebnis“, freut sich Beate Steinbach vom Arbeitskreis Zivilklausel. „Das ist ein eindeutiges Zeichen für eine friedliche Hochschule und eine klare Absage an Kooperationen mit der Bundeswehr oder Rüstungsindustrie.“ Gestern hatte der Wahlausschuss das Endergebnis der studentischen Urabstimmung über eine Zivilklausel an der Universität Frankfurt bekannt gegeben. Demnach sprachen sich 76,3% der Studierenden dafür aus, in der Grundordnung der Goethe-Universität festzuschreiben, dass „Lehre, Forschung und Studium zivilen und friedlichen Zwecken dienen“. Lediglich 12,6% stimmten mit Nein, während sich 11,1% der Stimme enthielten. „Setzt man die Ja- und Nein-Stimmen ins Verhältnis, ergeben sich 86% Zustimmung bei 14% Ablehnung“, erklärt die 25-jährige Politologie-Studentin. „Eindeutiger kann eine Abstimmung wohl kaum ausgehen“.

Drei Wochen lang war an der Uni Frankfurt über Kriegsforschung, Friedensorientierung und die Verantwortung von Wissenschaft diskutiert und gestritten worden. Das gesteigerte Interesse der Studierenden an diesen Fragen zeigte sich letztlich auch daran, dass die Beteiligung an der Zivilklausel-Abstimmung bei der Urnenwahl um 9,6% höher lag als bei der traditionellen Wahl zum Studierendenparlament.

„Besonders bemerkenswert ist, dass es in allen Fachbereichen der Universität eine große Mehrheit für friedliche und zivile Lehre und Forschung gibt“, betont Christoph Wiesner, Mitglied des Arbeitskreises Zivilklausel und Doktorand in der Physik. In der Tat sprachen sich in fast allen Disziplinen deutlich mehr als zwei Drittel der Studierenden für eine unabhängige, zivil und friedlich orientierte Wissenschaft aus. Beispielsweise lag die Zustimmung in den Neueren Philologien bei 87,9%, in der Psychologie bei 85%, in der Physik bei 68% und in der Medizin bei 76,6%. Selbst am Fachbereich mit dem niedrigsten Zustimmungswert, den Wirtschaftswissenschaften, gab es eine eindeutige Mehrheit von 63,3% für eine Zivilklausel.

Bereits im Vorfeld der Abstimmung hatte die Universität über ihren Pressesprecher Olaf Kaltenborn verlauten lassen, sie werde die Willenserklärung der Studierenden ernst nehmen. Genau das verlangt nun Christoph Wiesner: „Nach dem eindeutigen studentischen Votum sind jetzt wieder Senat und Präsidium gefordert. Die Orientierung auf friedliche und zivile Forschung und Lehre, die bereits im aktuellen Hochschulentwicklungsplan verankert ist, muss zügig in die Grundordnung unserer Universität übernommen werden.“

Weitere Informationen auf der Seite des AK Zivilklausel Frankfurt: www.zivilklausel-ffm.info

E-Mail-Kontakt: zivilklausel@yahoo.de